Einzelpreis 50 Pfg. 5. Jahrg. Sonnabend, den 8. April 1922 Nummer 168 Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den illustrierten Beilagen „Freie Welt", „Frauen-Welt" und „Der Jugend-Genosse". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat April 35,— M., im voraus zahlbar. Durch die Post bezogen 32,— M. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 60,— M., für das übrige Ausland 87,— M.

Die zehngespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 12,— M. einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 1,75 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 8,— M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M.

Fernsprecher Zentrum 152 90—152 99

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das Programm für Genua

Die Pariser Vorbesprechungen

Paris, 8. April.

Die Mitteilungen der Morgenblätter über den Inhalt der Unterredung zwischen Lloyd George, Ministerpräsident Poincaré und dem ersten französischen Delegierten, Justizminister Barthou, lauten verschieden. Eine amtliche Mitteilung ist über die Verhandlungen nicht ausgegeben worden. Weder Poincaré noch Barthou haben, als sie den Sonderzug Lloyd Georges verließen, der Presse irgendwelche Erklärungen abgegeben. Nach dem „Petit Parisien" soll Lloyd George alles das bestätigt haben, was in Boulogne verabredet wurde. Die beiden Regierungschefs hätten also ihr vollkommenes Einverständnis über die folgenden drei Fragen ausgesprochen:

1. Die Verträge dürfen nicht in Frage gestellt werden.
2. Das Reparationsproblem darf nicht berührt werden.
3. Selbst die Frage der Entwaffnung des russischen Heeres kann unter keinen Umständen die Erörterung der Frage der allgemeinen Einschränkung der Rüstungen nach sich ziehen.

Es sei verabredet worden, daß an der vorbereitenden Sitzung der Führer der einladenden Staaten auch Belgien teilnehmen solle. Sobald die Chefs der fünf großen Länder sich geeinigt hätten, könnten auch die Vertreter der anderen Völker zugelassen werden. Es verstehe sich aber von selbst, daß die Vertreter Deutschlands nicht an allen Beratungen teilnehmen könnten.

Nach dem „Echo de Paris" soll der Standpunkt Lloyd Georges hinsichtlich der Anerkennung der Sowjetregierung sich stark den französischen Anschauungen genähert haben, namentlich hinsichtlich der Bürgschaften, die vor der Anerkennung gefordert werden sollen. In dieser Frage scheine, so meint der „Petit Parisien", Lloyd George die Wünsche der englischen Handelskammern berücksichtigt zu haben. Er sei jetzt geneigt, die Beweisgründe günstig aufzunehmen, die die Vertreter der russischen Randstaaten und der kleinen Staaten, insbesondere der Tschechoslowakei und Polens, vorbringen könnten. **Es sei auch sehr wahrscheinlich, daß man in Genua von der Regelung der alliierten Schulden und der Auflegung einer internationalen Anleihe sprechen werde.**

Der „Petit Parisien" ist der Ansicht, daß durch die gestrige Unterredung die Konferenz gut vorbereitet worden sei. Die Frist, die Poincaré erreicht habe, habe gestattet, einzelne Fragen, deren Studium noch nicht genügend gefördert worden sei, weiter zu bearbeiten. Nach dem „Oeuvre" ist die Unterredung „delikat" geworden, als die Frage der Leitung der Konferenz angeschnitten wurde und als der englische Premierminister seinen Plan entwickelte, einen ständigen Rat der Großmächte einschließlich Deutschlands einzusetzen, der die Verhandlungen leiten sollte. Poincaré habe erklärt, es scheine ihm unmöglich, die Delegierten der Alliierten Staaten auf dem Fuße der Gleichheit mit Vertretern eines Landes verhandeln zu lassen, gegenüber dem die Entente vielleicht Zwangsmaßnahmen ergreifen müßte. Lloyd George habe die Abgabe irgendwelcher Versprechen in dieser Angelegenheit vermieden, und zwar in so offenkundiger Art, daß darauf eine gewisse Verlegenheit entstanden sei. Eine zweite Schwierigkeit habe sich anläßlich der Frage der Einschränkung der Rüstungen ergeben. Der englische Premierminister habe erklärt, er wolle vor allen Dingen die Abrüstung des Sowjetheeres verlangen. Aber als man ihn gebeten habe, seine Gedanken weiter zu entwickeln, habe er ausweichend geantwortet und mehrmals wiederholt: Man muß in Genua zu einem Ergebnis gelangen. Wir gehen nicht nach Genua, um nichts zu erzielen.

Ein päpstliches Schreiben für Genua

Gebete für Frieden und Zivilisation

(Stefani.) **Rom**, 7. April.

Papst Pius XI. richtete an den Erzbischof von Genua ein Handschreiben anläßlich der Konferenz von Siegern und Besiegten, der sich alle Hoffnungen der Völker zuwenden. Als Vertreter des Gottes des Friedens und der Liebe hofft der Papst vertrauensvoll, daß die Abgesandten der Mächte die traurige Lage aller Völker nicht nur ungetrübten Sinnes, sondern auch mit der Neigung zu einigen Opfern auf dem Altare des allgemeinen Wohles betrachten möchten, was die erste Bedingung sei, um eine wirkliche Besserung herbeizuführen, und der erste Schritt zu der von der ganzen Welt so heiß ersehnten allgemeinen Befriedigung. Wenn selbst im Waffenlärm die christliche Liebe herrschen solle, so müsse dies noch mehr gelten, nachdem die Waffen niedergelegt sind und der Friedensvertrag unterzeichnet ist, um so mehr, als der Völkerhaß diese traurige Erbschaft des Krieges, sich auch gegen die Sieger wende und der ganzen Welt eine schreckliche Zukunft vorbereite. Man dürfe nicht vergessen, daß Ruhe und Friede nicht so sehr durch die Sicherheit der Bajonette verbürgt werde, wie durch gegenseitiges Vertrauen und Freundschaft. Auch wenn man von der Konferenz nicht nur jede Erörterung der vorher geschlossenen Verträge, sondern auch der auferlegten Reparationen ausschließen wolle, so scheine dies nicht jeden späteren Meinungsaustausch zu hindern, der den Besiegten die schnelle Erfüllung ihrer Verpflichtungen erleichtern könnte, was schließlich auch zum Vorteil der Sieger dienen würde. Der Papst fordert die Gläubigen auf, mit ihm für einen glücklichen Erfolg der Konferenz und dafür zu beten, daß der Segen des Herrn auf ihr ruhe und aus ihren Beschlüssen für die arme Menschheit die so sehr gewünschte Eintracht hervorleuchte, die die Völker einander vertraut macht und sie nach acht Jahren der Schmerzen und Verwüstungen wieder auf den erleuchteten Weg der Arbeit, des Fortschritts und der Zivilisation führt.

*

Diese Ermahnungen mögen sehr gut gemeint sein, aber mit moralischen Sprüchen und Gebetsformeln wird der Welt der Friede nicht wiedergegeben. Schon während des Krieges hat der liebe Gott dazu herhalten müssen, um den schändlichsten Menschenmord der Weltgeschichte zu decken. Und auch jetzt noch berufen sich die Regierungen der einzelnen Länder auf ihre jeweilige göttliche Sendung, um dahinter ihre nationalistischen und imperialistischen Raubgelüste zu verbergen. Nur das gemeinsame Interesse an der Beseitigung der wirtschaftlichen Not kann endlich die Nationen dazu zwingen, den gegenseitigen Haß, der sie noch immer in zwei Lager teilt, zu begraben. Sie werden das um so schneller tun müssen, je früher sich die Arbeiterklasse der ganzen Welt zu gemeinsamem Kampf gegen Elend und Not zusammenfindet.

Ein Block der Kleinen Entente

London, 8. April.

„Daily Telegraph" berichtet, daß die Regierungen der Kleinen Entente übereingekommen seien, in Genua einen Block zu bilden, um die Großmächte daran zu verhindern, ihre wirtschaftliche und finanzielle Unabhängigkeit anzutasten.

Die Vertreter des internationalen Arbeitsamts

Rom, 7. April.

Als Delegierte des Internationalen Arbeitsbüros, die nach Genua gehen, um dort der Konferenz zur Verfügung zu stehen, werden genannt: Thomas-Frankreich, Barlow-England, de Michelis-Italien, als Vertreter für ihre Regierung Jouhaux-Frankreich und Poulton-England als Arbeitervertreter, Carlier-Belgien und Olivetti-Italien als Unternehmervertreter.

Genua vor der Konferenz

(E.P.) **Genua**, 7. April.

Die Stadt Genua steht vollkommen im Banne der großen Konferenz. Die Häuser der bedeutendsten Straßen tragen festlichen Flaggenschmuck. In das bewegte Straßenbild drängen sich die für die Delegationen und die Presse bestimmten Automobile. Dann und wann durchrast ein mit Militär dichtbesetztes Lastauto die friedlichen Plätze der Handelsstadt. Wie vorgesehen, treffen die verschiedenen Delegationen nach und nach hier ein, und es wird wohl der Sonnabend und Sonntag Genua ein bisher nie gesehenes Gepräge geben. An diesen beiden Tagen werden die Hauptdelegierten hier eintreffen. Die rumänische, tschechoslovakische, finnische und japanische Delegation sind fast vollständig eingetroffen. Heute nacht werden die Bulgaren und Pasitsch, sowie ein Teil der französischen Delegation erwartet. Am Sonntag wird Lloyd George und am Abend desselben Tages die deutsche Delegation eintreffen, deren Vorhut heute vormittag ihre Quartiere bezogen hat.

Daß die Stadt Genua sich der außerordentlichen Bedeutung bewußt ist, die sie in der Weltgeschichte durch diese Konferenz spielt, erhellt aus einem in der ganzen Stadt verbreiteten Anschlag des Bürgermeisters. „Angstvoll", heißt es in dem Aufruf, „sieht die ganze Welt auf diese Tagung, in der Erwartung, daß dort das Wort des wahren Friedens gesprochen werde. Alle Bürger Italiens hegen den Wunsch, daß die kommenden Ostern wirkliche Friedensostern werden." Heißblütige Faszisten haben allerdings hierzu eine Randbemerkung gemacht, indem sie rote Zettel über die Plakate klebten mit der Mahnung, daß auch das nationale Banner flattern müsse.

Die Würde des Reichstags

Erinnerungen an den 8. April 1916.

Von Wilhelm Dittmann.

In den letzten Tagen ist wieder viel geredet und geschrieben worden über die Würde des Reichstags. Die bürgerliche Presse hat dabei besonders lamentiert über die Störungen der parlamentarischen Ordnung von kommunistischer Seite. Die Folgen der kommunistischen Radaupolitik im Reichstage für die Verschärfung der neuen Geschäftsordnung habe ich erst kürzlich in einem Artikel geschildert und zugleich bekämpft. Es scheint mir aber ein Gebot der Gerechtigkeit zu sein, die jetzt aufgestellte Behauptung zurückzuweisen, daß die Verwilderung der parlamentarischen Sitten von den Kommunisten ausgegangen sei. Dieses „Verdienst" gebührt den bürgerlichen Parteien. Sie haben heute vor sechs Jahren, am 8. April 1916, im Reichstage eine so wüste Radauszene aufgeführt, daß die kommunistischen Radaumacher ihnen gegenüber immer noch Waisenknaben geblieben sind.

Angesichts der Pharisäermoral, mit der sich jetzt die bürgerlichen Parteien und Zeitungen über die kommunistischen Parlamentssaboteure entrüsten, ist es am Platze, diesen skandalösen Vorfall der Vergessenheit zu entreißen, um so mehr, als seine Bekanntgabe seinerzeit von der Zensur verhindert worden ist. Ich hatte damals für den „Vorwärts", der noch Organ der eben gebildeten „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft" war, eine schon aus Rücksicht auf die Zensur sehr zurückhaltend abgefaßte Schilderung jener bürgerlichen Radauorgie geschrieben, aber das Oberkommando in den Marken verbot die Veröffentlichung. Die bürgerliche Presse log auf Befehl ihren Lesern vor, das Opfer der wüsten Radauszene, Karl Liebknecht, sei ihr Veranlasser gewesen, und so weiß die breite Oeffentlichkeit bis heute noch so gut wie nichts über den wahren Sachverhalt.

Zur Charakterisierung der bürgerlichen Heuchelei über die jetzigen kommunistischen Harlekinaden im Reichstage möge deshalb jener vor sechs Jahren unterdrückte Artikel hier folgen:

Die Galoppardeit im Reichstage geht weiter. Heute wurde der Justizetat in ein paar Stunden durchgepeitscht. Wie gestern beim Militäretat wurde die Debatte auch heute ausschließlich von sozialdemokratischen Rednern bestritten. Es sprachen von der sozialdemokratischen Fraktion die Genossen Heine und Landsberg, von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft Genosse Stadthagen. Beim Etat des Reichsschatzamts war die Redelust noch geringer, so daß Genosse Liebknecht als erster Redner das Wort bekam. Es wurde ihm jedoch bald wieder entzogen unter Umständen, die ein bezeichnendes Licht auf unseren Parlamentarismus im Kriege werfen. Liebknecht begann in durchaus sachlicher Form Kritik zu üben an dem Finanzgebaren des Reichsschatzsekretärs Helfferich bei der Aufbringung der Kriegsanleihen. Als er dabei die selbstverständliche und vorher in allen deutschen Blättern lang und breit erörterte Tatsache erwähnte, daß die Gelder der Kriegsanleihen eigentlich in fortgesetztem Kreislauf, „in einer Art Karussell", wie er sagte, zirkulieren, erhob sich plötzlich auf den bürgerlichen Bänken ein ohrenbetäubender Lärm. Die ärgsten Schimpf- und Schmährufe wurden dem Redner an den Kopf geschleudert. Besonders liberale Abgeordnete, wie Müller-Meiningen, Junk, Neumann-Hofer, Leube, Fegter und andere schrien und tobten wie besessen. Sie sprangen auf, stürmten mit drohenden Gebärden zur Rednertribüne und schrien auf den Präsidenten Kaempf ein, dem Redner das Wort zu entziehen. Nur mühsam vermochte sich der Präsident für einige Augenblicke mit der Glocke Ruhe zu verschaffen, um den Schreiern zuzurufen: „Meine Herren, Dr. Liebknecht hat das Wort!" Ein Grund zu einem präsidialen Einschreiten lag also auch nach Ansicht des Herrn Kaempf nicht vor. Trotzdem ging das Toben weiter und nahm Formen an, die aller Beschreibung spotten. Der „feingebildete" nationalliberale Justizrat Dr. Junck-Leipzig schrie Liebknecht an: „Halten Sie's Maul, Sie Lump, Sie!" Der Antisemit Bruhn kreischte: „Landesverräter sind Sie!" Die Fortschrittler Fegter und Leube wiederholten immer im Chorus: „Wieviel Provision kriegen Sie dafür, Sie englischer Agent Sie." Schließlich entriß der Fortschrittler Heinrichs, indem er aus Rednerpult hinter Liebknecht trat, diesem seine Notizblätter und verstreute sie auf der Treppe zur Rednertribüne, eine Heldentat, die von Beifallsklatschen und wildem Freudengeheul aus den bürgerlichen Bänken begleitet war. Bis dahin hatten die Angehörigen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen den wüsten Auftritten schweigend zugeschaut. Nunmehr aber sprangen die Genossen Haase und Dittmann hinzu, hoben die verstreuten Notizblätter

wieder auf und reichten sie dem Genossen Liebknecht, der ihnen vom Rednerpult her einige Schritte entgegenkam. Plötzlich erklärte der Präsident Kaempf auf den unausgesetzt weiter eingewirkt worden war, Liebknecht das Wort zu entziehen. Liebknecht habe nicht mehr das Wort, da er das Rednerpult verlassen habe. Liebknecht protestierte vergebens gegen diese Vergewaltigung und rief dem Präsidenten schließlich zu, seine Handlungsweise sei infam. Das Toben der bürgerlichen Abgeordneten erreichte nun seinen Höhepunkt. Der Fortschrittler Müller-Meiningen sprang auf Liebknecht zu und packte ihn an. Nur dem Eingreifen der Genossen Haase und Dittmann, Kunert, Henke, Ledebour, Zubeil und anderer Mitglieder der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft war es zu danken, daß es nicht zu weiteren Tätlichkeiten gegen Liebknecht kam. Der Präsident Kaempf fand kein Wort des Tadels gegen die lärmenden bürgerlichen Abgeordneten, erklärte aber, Genosse Liebknecht sei von der heutigen Sitzung ausgeschlossen. Daraufhin bezweifelte Genosse Dittmann die Beschlußfähigkeit des Hauses, das Bureau schloß sich dem Zweifel an und der Präsident brach die Sitzung ab. Noch lange standen erregte Gruppen im Saale und diskutierten heftig über die Vorgänge.

Das Stenogramm des Reichstags über Liebknechts Rede wurde vom Präsidenten Kaempf in einer besonderen Sitzung mit den bürgerlichen Parteiführern unter deren Assistenz frisiert, so daß es die schlimmsten Schimpfworte der bürgerlichen Radaumacher der Nachwelt verschweigt. Wer das Stenogramm heute liest, ist geradezu verblüfft über die Sachlichkeit und Harmlosigkeit der Ausführungen Liebknechts, die nicht den geringsten Anlaß zur Wortentziehung und zum Ausschluß von der Sitzung und zu den wütenden Attacken der bürgerlichen Abgeordneten auf Liebknecht boten.

Wenn man das schmähliche Verhalten der bürgerlichen Parteien und ihres Präsidenten gegen Liebknecht mit der damaligen Kriegspsychose zu entschuldigen versuchen sollte, so möge man anerkennen, daß heute für die Kommunisten die Revolutionspsychose ebenso ein Entschuldigungsgrund ist. Solche Erscheinungen überwindet die Zeit, aber nicht der Parlamentshausknecht, der die Sache nur verschlimmern kann.

Eine neue Auslieferung beabsichtigt

In Düsseldorf wurde vor einiger Zeit der italienische Staatsangehörige Boldrini verhaftet, der von der italienischen Regierung verfolgt wird, weil er an einem Attentat in Mailand beteiligt gewesen sein soll. Das Ausweisungsverfahren ist bereits eingeleitet. Die deutsche Regierung hat schon bei der Ausweisung des spanischen Ehepaares Fort eine Haltung eingenommen, die sich weder mit den Gebräuchen des Asylrechtes, noch mit den vertraglichen Abmachungen in Einklang bringen ließ. Die Reichsregierung ist hoffentlich durch diesen Fall, der nicht nur in der Arbeiterschaft große Entrüstung hervorgerufen hat, belehrt worden, daß es einer demokratischen Republik nicht zur Ehre gereicht, wenn sie politisch Verfolgte den Henkern ausliefert, lediglich um reaktionären Staaten einen Liebesdienst zu erweisen.

Der in Düsseldorf verhaftete Italiener Boldrini ist an dem ihm zur Last gelegten Vorgehen nicht beteiligt gewesen. Das Sprengstoffattentat im Theater „Diana" in Mailand wurde vielmehr von den Italienern Mariani und Agaugini ausgeführt, die der Tat geständig und dafür bereits verurteilt sind. Boldrini hat sich lediglich als Führer an jener Erhebung beteiligt, die im Herbst 1920 in der Besetzung der Fabriken ihren Höhepunkt erreichte. Als einflußreicher Syndikalist will ihn nunmehr die triumphierende italienische Reaktion unschädlich machen.

Die deutsche Regierung hat angesichts dieser Tatsachen nur eine Pflicht: den Italiener Boldrini so schnell wie möglich auf freien Fuß zu setzen. Statt sich zu bemühen, dem Auslande reaktionäre Helfersdienste zu leisten, sollte die Regierung lieber dafür sorgen, daß die in Deutschland frei herumlaufenden Mörder von Arbeiterführern dingfest gemacht und der Bestrafung entgegengeführt werden.

„Zu Gegendiensten gern bereit"

Ein vergessener Brief

Herr Hermes hat Pech. Trotzdem seine Getreuen im Ernährungsministerium die von dem Untersuchungsausschuß angeforderten Akten nicht vollständig geliefert haben, sondern nur eine Auswahl, der sie den Anschein der Vollständigkeit zu geben versuchten, ist durch die Beschlagnahme der Akten bei dem Trierer-Winzerverband doch ein sehr beweiskräftiges Schriftstück an die Oeffentlichkeit gekommen. Der in den Akten des Ernährungsministeriums nicht enthaltene Brief hat folgenden Wortlaut:

Winzerverband für Mosel, Saar und Ruwer.

Trier, den 23. Mai 1921.

Herrn Geheimen Ministerialrat Jaffe, Berlin.

Hochwohlgeboren!

Angeschlossen überreiche ich, der mündlichen Aussprache gemäß, ein Gesuch an den Herrn Minister um Zuteilung von Weißzucker mit der Bitte, gütigst dahin wirken zu wollen, daß der Preis nicht allzu hoch berechnet wird, damit der Verband in der Lage ist, etwas an dem Zucker zu gewinnen. Wir brauchen für die Errichtung der wissenschaftlichen biologischen Station voraussichtlich viel Geld, und die Quellen, die uns zur Verfügung stehen, fließen sehr spärlich. Ein Verdienst an dem Weißzucker käme uns also überaus zustatten.

Zu Gegendiensten herzlich gerne bereit, zeichnet hochachtungsvoll und ergebenst gez. Faust.

Das ist aber weder das einzige Schriftstück, das dem Untersuchungsausschuß vorenthalten wurde, noch ist es der einzige Versuch der Herren vom Ernährungsministerium, den Untersuchungsausschuß irrezuführen. Zu gelegener Zeit wird darüber noch manches zu sagen sein. Für heute wollen wir nur bestätigen, daß, obwohl seit der Androhung der Klage durch Hermes bereits ein voller Monat verflossen ist, die Klage immer noch nicht erhoben wurde. Es scheint also doch eine sehr schwierige Aufgabe zu sein, die Herr Hermes den sonst so findigen und eifrigen Staatsanwälten zugemutet hat. Für eine Aufklärung, weshalb die von uns so sehnsüchtig erwartete Klage immer noch nicht erhoben worden ist, wären wir infolgedessen sehr dankbar.

Hochverräter Ludendorff

Während des Jagow-Prozesses in Leipzig erschien im „Vorwärts" an leitender Stelle ein Artikel mit der Ueberschrift: „Hochverräter Ludendorff". In dem Artikel waren die wichtigsten Beweismomente über die aktive Beteiligung Ludendorffs am Kapp-Putsch zusammengefaßt. Der Artikel begann und schloß mit den Worten: **„Der Generalquartiermeister a. D. Ludendorff ist des vollendeten Hochverrats überführt."** Die Formulierung war absichtlich so scharf gefaßt, um Ludendorff die Möglichkeit zu einer Klage zu geben. Er hat es vorgezogen, den Vorwurf des Hochverrats auf sich sitzen zu lassen. Die Frist zur Stellung eines Strafantrags ist bereits vor mehreren Wochen abgelaufen, ohne daß dem „Vorwärts" eine Anklage zugegangen ist. Damit steht fest, daß Ludendorff nicht den Mut hat, seine Beteiligung am Kappverbrechen zum Gegenstand einer Gerichtsverhandlung zu machen. Er fürchtet sich vor dem Wahrheitsbeweis. Er weiß, daß er in einem einwandfreien Gerichtsverfahren des Hochverrats überführt werden würde. Deshalb sein Schweigen. Nun erhebt sich die Frage, warum das Reichsgericht nicht von sich aus die Anklage wegen Hochverrats gegen diesen schuldbeladenen Mann erhebt?

Zum 20. April

Von unserem Zentralkomitee wird uns geschrieben:

Die „Rote Fahne" brachte am 7. April in der Vormittagsausgabe die Abschrift eines Briefes an unsere Zentralleitung. In der nächsten Nummer der „Roten Fahne" wird auf den Brief hingewiesen, der zu der Internationalen Kundgebung am 20. April Stellung nimmt.

Der Brief selbst ist laut Poststempel erst am 7. April nachmittags in Berlin zur Post gegeben worden und am 8. April vormittags 10½ Uhr in den Besitz unserer Zentralleitung gelangt. Die Parteileitung der K. P. D. hat aber den Brief bereits am 6. April an die „Rote Fahne" gegeben. Da derartige Dinge schon des öfteren vorgekommen sind, können wir nicht anders als böse Absicht bei der K. P. D. vermuten, um draußen in der Provinz damit krebsen zu gehen, daß die U. S. P. D. auf Briefe der K. P. D. keine Antwort oder zu späte Antwort gebe.

Unser Vorsitzender, Genosse Crispien, hat sich bereits am 6. April sofort nach der Internationalen Konferenz an den Vorsitzenden der rechtssozialistischen Partei, Genossen Wels, und an die Genossin Clara Zetkin, für die K. P. D. gewandt, um eine Verständigung über den Termin herbeizuführen.

Der revolutionäre Rückzug

Der 11. Parteitag der Kommunistischen Partei Rußlands hat nunmehr sein Ende erreicht. In der Schlußsitzung nahm Lenin noch einmal das Wort, um die Ergebnisse des Parteitages zusammenfassend zu beleuchten. In seiner Rede sagte er u. a.: „Als es sich im Frühling 1921 zeigte, daß unserer Avantgarde Gefahr drohte, von den Volksmassen abgeschnitten zu werden, faßten wir einmütig den festen Entschluß, einen Rückzug anzutreten, und im Laufe des verflossenen Jahres haben wir diesen Rückzug in voller revolutionärer Ordnung durchgeführt. **Die Revolution des Proletariats muß, um ihre Aufgaben zu lösen, auch in revolutionärer Ordnung einen Rückzug antreten können.** Die Erfahrung, die wir während unseres Rückzuges gesammelt haben, wird wahrscheinlich den Arbeitern aller Länder zugute kommen.

Zusammengebrochene Anklagen

(Rußpreß.) Reval, 7. April.

Die Moskauer Staatsanwaltschaft hat der politischen Abteilung des Volkskommissariats für innere Angelegenheiten (der ehemaligen Tscheka) die Hälfte des Anklagematerials gegen die Sozialrevolutionäre zurückgesandt. Ein großer Teil des von der politischen Abteilung der Staatsanwaltschaft vorgelegten Materials über die Sozialrevolutionäre genügt nicht, gemäß den Normen der Revolutionsgesetzgebung, für eine Anklage.

Berichtigung. In der Wiedergabe des Artikels vom Genossen Kautsky „Eine Nachlese" haben sich einige sinnentstellende Druckfehler eingeschlichen. Auf der ersten Spalte des Artikels in der 7. Zeile von unten soll es nicht heißen „der wahre Gegner der Einigung ist nicht derjenige, der sie ablehnt," sondern es muß heißen: „ist derjenige," der sie ablehnt. Auf der zweiten Seite in der Mitte der Spalte, ist die Rede von „hetzerischen Floskeln" des Zentralkomitees; der Ausdruck ist falsch, es ist vielmehr im Manuskript die Rede von „rhetorischen Floskeln." — Auch der Artikel „Das geteilte Oberschlesien" in unserer gestrigen Abendausgabe enthält einige sinnentstellende Druckfehler. Im drittletzten Absatz muß der dritte und vierte Satz richtig lauten: Dagegen gehören zu ihm große Kreise, die wirtschaftlich durchaus nach dem übrigen Teile Schlesiens tendieren. Wollte man sie zu dem künftigen oberschlesischen Staate schlagen, so würde das eine außerordentliche Schädigung der Interessen, insbesondere des Breslauer Bezirks bedeuten.

Eine sozialistische Schule

Die Heimvolkshochschule Schloß Tinz (bei Gera-Reuß) ist im Jahre 1919 vom Freistaat Reuß errichtet worden, zu dem Zwecke, Angehörigen der werktätigen Bevölkerung, die keine andere als die Volksschule besucht haben, die Möglichkeit zur geistigen Weiterbildung zu bieten. Die Volkshochschule Tinz unterscheidet sich von allen ähnlichen Schulen durch ihren sozialistischen Charakter. Sie ist eine sozialistische Schule, ist aber keine Parteischule; sie will der gesamten Arbeiterbewegung dienen, nicht einer einzelnen Richtung.

Tinz hat sich als Ziel gesetzt, seine Hörer in Kursen von (bisher) vier Monaten mit den Grundelementen des wissenschaftlichen Sozialismus vertraut zu machen, denkende und urteilsfähige Köpfe heranzubilden, die mit klarem Bewußtsein an die Aufgaben der modernen Arbeiterbewegung herantreten. Diesem Ziel entsprechend ist der Lehrstoff aufgebaut; im Mittelpunkt stehen marxistische Oekonomie und historischer Materialismus, beide Untergrund und Ausgangspunkt des gesamten Unterrichts. Die einzelnen Unterrichtsfächer sind: Wirtschafts- und Gesellschaftslehre, Geschichte der Arbeiterbewegung, Kulturgeschichte, Verfassungskunde, Betriebslehre, Betriebsrätegesetz, Verwaltungskunde, Literatur, Kunst, Sprache, Philosophie, Naturkenntnis, Geographie, Gesundheitspflege. Den Unterricht vervollständigen Besichtigungen industrieller und landwirtschaftlicher Betriebe, der Besuch von Museen und geologische Wanderungen. Für den Unterricht steht ein gutes Karten- und Anschauungsmaterial zur Verfügung, dazu Lichtbilder und eine Schulbibliothek.

An der Volkshochschule Tinz sind insgesamt neun Lehrkräfte tätig; vier sind angestellte Heimvolkshochschullehrer: Dr. Braunthal, Oskar Groiner, Alfred Herne, Otto Jenssen. Dr. Buchholz ist Arzt in Gera, Dr. Freund Ministerialrat in Weimar, R. Hundt, Geologe in Gera, Dr. Künkler, Stadtrat in Gera, Dr. ing. Petermann, Bürgermeister in Zeulenroda.

Eine besondere Berufsausbildung erfolgt nicht; Prüfungen werden nicht abgehalten, Zeugnisse nicht ausgestellt.

Tinz gibt als Heimvolkshochschule seinen Schülern Wohnung und Beköstigung im alten Schloß zu Tinz. Den Schülern stehen schöne Unterrichts- und Arbeitsräume zur Verfügung; ein großer Park dient der Erholung. Aufgenommen werden in jedem Kursus 50 Schüler, und zwar jeweils 50 Männer oder 50 Frauen und Mädchen vom 18. Jahre an. Bewerber müssen ein selbstgeschriebenes Gesuch nebst Lebenslauf, der den Bildungsgang erkennen läßt, an die Leitung der Schule einreichen. Erforderlich sind ferner Geburtsurkunde und ärztliches Zeugnis, bei der Aufnahme zweimal Bettwäsche und die zur Reinigung des Körpers und der Kleider erforderlichen Gegenstände. Bei Eintreffen in Tinz ist eine polizeiliche Abmeldung und die Abmeldebescheinigung von der Lebensmittelversorgungsstelle beizubringen.

Als Beitrag zu den Kosten der Schule (Schulgeld, Wohnung, Beköstigung sind von jedem Schüler monatlich fünfhundert Mark, für den ganzen Kursus also zweitausend Mark im Voraus zu zahlen; außerdem für das Waschen der Wäsche in der Schule monatlich zwanzig Mark. Weitere Kosten, außer der Beschaffung von Büchern, entstehen den Schülern nicht. Bei vorzeitigem Verlassen der Schule aus einem Grunde, der von dem Schüler zu vertreten ist, besteht kein Anspruch auf Rückzahlung des Schulgeldes. Den Schülern ist zu empfehlen, bei ihren gewerkschaftlichen oder politischen Organisationen um Beihilfen zum Besuch der Schule nachzusuchen. Wenn keinerlei Beihilfe zu erreichen ist, kann unter Umständen eine Ermäßigung des Schulgeldes eintreten.

Die Aufgenommenen müssen sich zur Einhaltung der Schulordnung verpflichten. Die Anmeldung für den am 15. August 1922 beginnenden und am 16. Dezember 1922 endenden Frauenkursus hat bis spätestens 31. Mai 1922 zu geschehen; eine Entscheidung über die Aufnahme erfolgt bis 15. Juni 1922.

Die Czardasfürstin. Emmerich Kalmans zündende, von rassig-rhythmischer Melodik glühende Operette, zu der Leo Stein und Bela Jenbach das flüssige Libretto geschrieben haben, kam im Deutschen Künstlertheater unter der Direktion von Karl Grünwald neueinstudiert zur Aufführung. Eine erlesene Schar von Gastspiel-Künstlern erstritt dem lebendig mitreißenden Werk einen ebenso starken Erfolg wie seinerzeit bei der Erstaufführung im Metropoltheater. Ein unübertrefflicher Typ als Sänger und Darsteller Adi Lieban in der Rolle des Fert, voll lodernden Temperament und ausgelassener Laune Ello Leux als Komtesse Stasi, und die Russin Jenny Potopcsina in der Titelrolle gesanglich eine faszinierende Soubrette, aber die Pointe beeinträchtigend durch ihre vollkommen unzulängliche Beherrschung der deutschen Sprache. —sch.

Ausstellungen

In seinen Ausstellungsräumen im Neuen Museum zeigt das Kupferstichkabinett eine Uebersicht über die Entwicklung der Lithographie, die außerordentlich sehenswert ist. Ausgehend von den (künstlerisch sehr unbedeutenden) ersten Arbeiten des Erfinders der Technik, Aloys Senefelder (die große Tat gelang ihm 1798 in München), beobachten wir den Gang zunächst in Deutschland. Die starken künstlerischen Möglichkeiten der neuen Flachdrucktechnik, die ein billiges und schnelles Verfahren des künstlerischen Druckes neben die umständlicheren und kostspieligeren des Holzschnittes (Hochdruck) und des Kupferstiches (Tiefdruck) setzte, wurde nur sehr langsam empfunden. Der Anfang ist Reproduktion. Die Berliner bringen, eher als die Münchener, eine gewisse Lebendigkeit und Fülle in das dünne, etwas zimperliche Verfahren der strichelnden und mit der Schwärze nicht glücklichen Frühzeit. Der erste Deutsche, der sich mit unverkennbarer Leidenschaft der neuen Mittel bedient, ist Menzel... Weiter sehen wir den Verlauf in Frankreich. Es ist überraschend, wie hier fast von vornherein der Steindruck als ein wesentlich neues Mittel des künstlerischen Ausdrucks erkannt und unter Bejahung seiner besonderen stilbildenden Eigenschaften zu seiner typischen Form gebracht wird ... bis hin zu seinem Höhepunkt: Honoré Daumier (1808—1879), in dessen Hand die Technik Senefelders zu einer Kunst von höchstem Range wird. Das zaghafte und trübe Schwarz-Weiß der Anfänge, das bei Blechen zuerst Reiz und Feinheit, bei Menzel Leidenschaft und Kraft empfing und bei Delacroix Rausch und strömendes Pathos, wird bei Daumier Geheimnis, Wucht und Dämonie. Trotz Delacroix, trotz des großen Spaniers Goya darf man sagen: die Lithographie ... das ist Daumier! Seine überragende, ja ungeheure Größe ist das stärkste Erlebnis auch dieser Ausstellung ... Wir finden unter den Franzosen weiterhin kostbare Blätter von Corot, Manet, Toulouse-Lautrec, von Degas und Renoir. Bei den neueren Deutschen geht der Weg über Liebermann und Käthe Kollwitz bis zu Kokoschka. Einige wichtige Blätter von Edvard Munch machen den Beschluß.

Es sei bei dieser Gelegenheit hingewiesen auf die famose kleine Schrift „Die Lithographie" von Max J. Friedländer, dem Leiter des Kupferstichkabinetts, aus dem Verlage Bruno Cassirer Berlin, die Vielen als Führer durch die Ausstellung willkommen sein wird. In der Einheit von unübertrefflicher Materialkenntnis und Beweglichkeit der gar nicht trockenen Darstellung ist sie auf engem Raum von 80 Seiten (mit 18 guten Abbildungen) ein kleines Meisterstück zu nennen.

Die Lage in Sachsen

Wir entnehmen der „Leipziger Volkszeitung" aus einer Darlegung der Lage in Sachsen die folgenden Ausführungen:

Die Absicht der reaktionären Parteien in Sachsen, die sozialistische Regierung zu Fall zu bringen, ist durch die merkwürdige Politik der kommunistischen Fraktion wesentlich gestützt und gestärkt worden. Den Erfolg ihrer richtungslosen Politik haben sie schon in der Tasche: die beiden Rechtsparteien haben in der Hoffnung auf die kommunistische Hilfe den Antrag gestellt, den Landtag aufzulösen, die Demokraten haben sich dem Antrag noch nicht angeschlossen. Sie fordern, daß die Regierung aus der Haltung der Kommunisten die Konsequenzen ziehen und eine Umbildung der Regierung vornehmen solle. Das wird die Regierung natürlich nicht tun und deshalb ist sehr stark damit zu rechnen, daß die Demokraten schließlich den Anschluß nach rechts wieder finden werden. Aber letzten Endes haben ja die Herren von der Rechten nicht zu entscheiden, sondern die sozialistische Mehrheit. Und diese hat angesichts der Verantwortung, die sie vor der Arbeiterklasse trägt, die Motive zu prüfen, die dem Antrag der Rechtsparteien zugrunde liegen.

Warum wollen die Rechtsparteien die Auflösung? Sie wollen verhindern, daß die Gemeindereform, die Eingemeindung der Rittergüter, das Jahresbedarfsgesetz, das Altersgrenzengesetz für Richter und eine Reihe anderer wichtiger Gesetze angenommen und durchgeführt werden. Die Sabotage dagegen wird schon seit Monaten organisiert. Die reaktionären Parteien wissen genau, daß mit diesen Gesetzen der planmäßigen Sabotage der Gegenrevolution der Boden zu einem guten Teil entzogen, daß damit ihre Macht wesentlich beschnitten wird. Deshalb kämpfen sie mit allen Mitteln und mit aller Energie um ihre schwindende Machtposition.

Die politische Lage ist durch Vorgänge während der gestrigen Sitzung des Landtages weiterhin kompliziert worden. Die Bürgerlichen hatten beantragt, über die Gehälter der Minister gesondert abzustimmen. Das war beim Etat des Wirtschaftsministeriums ohne weiteres möglich, weil dort das Gehalt des Ministers in einer besonderen Position aufgeführt ist. Beim Justizministerium ist eine derartige Trennung nicht vorhanden, und so kam es, daß die Kommunisten wieder einmal nicht im Bilde waren und den bürgerlichen Parteien Hilfe leisteten, indem sie den gesamten Justizetat mitsamt dem Ministergehalt ablehnten. Sie gaben dann später die Erklärung ab, daß sie irregeführt worden seien dadurch, daß vom Präsidenten mitgeteilt worden sei, daß über das Gehalt des Ministers gesondert abgestimmt werden sollte, was dann nicht geschehen sei. Sie zweifelten deshalb die Abstimmung an und erklärten, daß sie nicht gegen das Gehalt des Ministers gestimmt hätten. Es wird also eine Korrektur eintreten müssen, die aber nicht gleich vorgenommen werden konnte, weil die Rechte einer zweiten Abstimmung in derselben Sitzung widersprach.

Zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen links und rechts kam es bei der 3. Beratung über die gesetzliche Anerkennung des 1. Mai und 9. November als Feiertage. Anlaß zur Erregung gab die unqualifizierbare Beschimpfung der Arbeiterschaft durch den deutschnationalen Phrasendrescher Dr. Wagner, dem von dem Rechtssozialisten Wirth und unserem Genossen Müller gehörig auf die Finger geklopft wurde.

Nicht minder lang und heftig war die Debatte über den Antrag unserer Fraktion, der Hilfe für das Zeitungsgewerbe fordert. Der Antrag selbst hätte kaum Anlaß zu längeren Auseinandersetzungen gegeben, denn der Antrag wurde einstimmig angenommen. Aber Herr Dr. Niethammer hielt es für notwendig, seine Interessen als Papierfabrikant in den Vordergrund zu stellen. Und da er die Schwäche seiner Position erkannte, redete er um die Kernfrage herum und hielt eine Vorlesung über die „Würde des Parlaments", die von der Linken im Ausschuß preisgegeben sein sollte, weil sie es abgelehnt hatte, sich im Ausschuß von den Vertretern des Papierrings eine Komödie vorspielen zu lassen. Seine sachlichen Ausführungen waren nichts anderes, als eine lendenlahme und völlig wirkungslose Entschuldigung der Praktiken des Papierrings. Er mußte sogar ausdrücklich zugeben, daß das Papiersyndikat die Kritik in der Presse dadurch zu unterbinden versucht hat, daß es den Verlegern mit Entziehung des Druckpapiers drohte. Und er fand das natürlich ganz in der Ordnung.

Im Kronprinzenpalais ist in einigen Sälen die Arbeit Erich Heckels aus dem Jahre 1921 ausgestellt. Es sind unter den Bildern einige durchaus sympathische, feine und liebenswürdige Stücke, gegen die kein Wort zu sagen ist. Aber wohl ist ein Wort zu sagen gegen die bedenkliche Neigung der Aussteller allerorten, aus einem sympathischen und liebenswürdigen Künstler einen Führer und Meister zu machen entgegen seiner Natur! Für einen Führer ist Heckels Malerei doch zu dünn und zu häuslich. Die Verbiegungen des Maßstabs, wie sie an der Tagesordnung sind, werden den Künstlern selbst am gefährlichsten. Da in einigen Nachbarsälen noch ein Teil des Werkes Franz Marcs hängt, ist es jedem möglich, sich den Unterschied zwischen „Fülle" und „Liebenswürdigkeit" deutlich zu machen.

Ludwig Meidner ist der Nimbus, den ihm voreilige Freunde verliehen, offenbar sehr gefährlich geworden. Stimmte schon bei seiner letzten Ausstellung im Graphischen Kabinett die drohende Manier bedenklich, so muß vor seinen letzten Arbeiten in der Galerie Möller, Potsdamer Straße 134a, rücksichtslos von einem Aufhören ernsthafter künstlerischer Werte gesprochen werden.

Ernst, bestimmt, ohne Konzessionen zu machen, geht Karl Schmidt-Rottluff seinen Weg ... der einzige des einstigen „Brücke"-Kreises, der sich noch nicht dem „Salon" amalgamiert hat. Er ist kühn, leidenschaftlich und streng. Was bei Heckel unsichere, stückweise „Andeutung" ist, was bei Pechstein längst Routine des Plakatschnörkels wurde, ist bei Schmidt-Rottluff kernhafte, feste, gezwungene Form. In der Kollektion, die jetzt Alfred Heller, Kurfürstendamm 44, zeigt, sind einige sehr starke Bilder. Wilhelm R. Valentiner schrieb über ihn in der „Jungen Kunst" ein durchdachtes, gut illustriertes Heft (Verlag Klinkhardt und Biermann, Leipzig).

Die Galerie Alfred Flechtheim, Lützowufer 13, zeigt Entwürfe für Dekorationen und Kostüme des Schwedische Balletts und Bilder und Plastiken, die durch das Ballett angeregt wurden. Das meiste ist Angelegenheit modischen und mondänen Interesses. Künstlerisch wertvoll ist ein reizender Entwurf Irene Laguts für das Ballett „Die Hochzeit auf dem Eiffelturm", Légers Entwürfe für „Skating Rink" und einiges von Nils von Dardel ... Die von der Galerie herausgegebenen „Querschnitt"-Hefte sind ohne Frage die netteste und in ihrer Art auch ehrlichste Propaganda-Zeitschrift eines Kunsthändlers. Die Hefte machen Vergnügen und unterrichten gut über manche französischen Ateliers.

Adolf Behne

Tages-Notizen.

Die Junge Bühne hat die Uraufführung von Arnold Bronnens „Katermord" im Neuen Theater am Zoo auf Sonntag, 22. April, mittags 12 Uhr, verlegt. Gelöste Karten gültig.

Zur Reform des Strafvollzuges

Im Sächsischen Landtage wurde ein Antrag angenommen, den Straf- und politischen Untersuchungsgefangenen zu gestatten, sich selbst zu beschäftigen und zu beköstigen, und die ihnen zugestellte Literatur auszuhändigen. Die Deutschnationalen und die Deutschen Volksparteiler stimmten dagegen. Mit den Stimmen aller proletarischer Parteien fand ein weiterer Antrag Annahme, zur Kontrolle und zur mitwirkenden Betätigung beim Strafvollzug in den Gefangenen- und Strafanstalten Beiräte aus der Bevölkerung derjenigen Orte, wo sich solche befinden, zu wählen.

Ein neues Preßgesetz in Oesterreich

Wien, 7. April.

Der Nationalrat nahm in seiner heutigen Sitzung den Entwurf eines neuen Preßgesetzes an, das auf folgenden leitenden Gedanken beruht: Abschaffung des Konzessionssystems für die Herstellung und den Verkauf von Druckschriften, Aufhebung des Kolportageverbotes, Schutz der Jugend gegen die Gefahren der Schmutz- und Schundliteratur, weitgehende Beschränkung der polizeilichen Beschlagnahme, Unzulässigkeit des objektiven Verfahrens in Fällen, in denen die subjektive Verfolgung möglich ist, Befreiung des Redaktionspersonals von der Verpflichtung zur Zeugnisablegung über die Urheberschaft von Zeitungsnachrichten. Der Berichterstatter über die Vorlage, Sozialdemokrat Austerlitz, hob u. a. die Bestimmung des neuen Gesetzes hervor, wonach auch der Eigentümer der Zeitung in jeder Nummer vermerkt werden müsse. Mit dieser Bestimmung soll jedem klar sein, wer wirklich hinter einer Zeitung steht, damit die Zeitungen, die in der Hörigkeit des Kapitals stehen, nicht mehr incognito auftreten können. Bundeskanzler Schober beglückwünschte in einer Rede, in der er die Bedeutung der Presse hervorhob, das Haus zu dem erfolgreichen Abschluß dieser so wichtigen Reform, die durch das Zusammenwirken aller Parteien zustande gekommen sei. Das vorliegende Preßgesetz beweise, daß Oesterreich die Bedeutung einer freien und unabhängigen Presse voll zu würdigen wisse. Unter Hinweis auf die schwierige Lage, in der sich die österreichische Presse befindet, erklärte der Kanzler, soweit es von der Regierung abhänge, werde alles geschehen, um die nötige Abhilfe und Milderungen zu schaffen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Die englischen Lohnkämpfe

(Intel) London, 8. April.

Das Exekutivkomitee des Metallarbeiterverbandes ist entschlossen, den Kampf, trotz der Absplitterung der 47 Verbände fortzusetzen. Während die ausgesperrten Metallarbeiter bei diesem Standpunkt beharren, scheint die Einigkeit bei den Unternehmern nicht so groß zu sein. So hat eine große, dem Unternehmerverbande angeschlossene Firma in Manchester die Ankündigung der Aussperrung zurückgezogen und die Arbeiter bedingungslos eingestellt. Auch andere Firmen in Manchester und an anderen Plätzen prüfen ernstlich die Frage, ob es nicht vorteilhafter für sie wäre, dieses Beispiel nachzuahmen. Zwar hat die Aussperrung der Arbeiter einigen Unternehmern zum Vorteil gereicht, andere hingegen haben dadurch große Verluste erlitten. Die Verhandlungen zwischen den Unternehmern und den 47 Verbänden sollen am Montag beginnen, sie werden sich über eine Woche erstrecken. Man ist der Ansicht, daß zwischen den Unternehmern und diesen 47 Verbänden eine Einigung zustandekommen wird.

Im Konflikt in der Schiffsbauindustrie sind die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer wieder aufgenommen worden. Die Arbeitervertreter beharren auf ihrer Forderung, daß eine Untersuchungskommission eingesetzt werden solle und wenigstens die Frage der Herabsetzung der Löhne einem Schiedsgericht unterbreitet werden solle. Die Unternehmer lehnen jedoch beide Forderungen ab. Sie behaupten, daß eine Verminderung der Löhne unerläßlich sei, wenn man die Industrie auf eine gesunde Bahn führen wolle. Wenn die Arbeiter die Forderungen der Unternehmer nicht annehmen, so sei jede Diskussion ausgeschlossen. Die Unternehmer seien eher entschlossen, die Schiffswerften gänzlich zu schließen, als die bisherigen Löhne auch weiterhin zu zahlen. Die Verhandlungen werden noch fortgesetzt.

Die Antwort der Regierung von Angora

Der „Temps" veröffentlicht heute einen Auszug aus der Antwort der Regierung von Angora auf den Waffenstillstandsvorschlag der Alliierten. Danach erklärt sich die Regierung von Angora bereit, den Waffenstillstandsvorschlag anzunehmen. Sie fordert aber, daß die Räumung Kleinasiens sofort beginnt. In vierzehn Tagen soll sich die griechische Armee hinter die Linie Eski—Schehir—Kataya zurückgezogen haben. In vier Monaten sollen sie Kleinasien mit Smyrna vollständig geräumt haben. Die Friedensverhandlungen würden sofort nachher beginnen. Die kemalistische Regierung ist gewillt, die Räumung Kleinasiens von einer gemischten alliierten Kommission überwachen zu lassen. Sie verpflichtet sich, die kemalistischen Truppen erst vierzehn Tage nach der Räumung der gegenwärtigen griechischen Stellungen in das geräumte Gebiet einrücken zu lassen. Wenn die Alliierten sich bereit erklären, diese Bedingungen anzunehmen, ist die kemalistische Regierung bereit, Delegierte in einen zu bestimmenden Ort zu entsenden, um die vorbereitenden Friedensverhandlungen zu eröffnen. Wenn diese vorbereitenden Verhandlungen nach Ablauf von vier Monaten, d. h. nach der Räumung Kleinasiens, nicht beendet sein werden, so ist die kemalistische Regierung bereit, diese Frist um weitere drei Monate zu verlängern.

Französischer Kredit für Oesterreich. Die französische Kammer nahm einen Gesetzentwurf an, durch den Oesterreich an Kredit von fünfundfünfzig Millionen Francs gewährt wird.

Ein Jeder schiebt auf seine Art

Großstadtbilder recht eigener Art wurden in einer Verhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte aufgerollt. Wegen Betruges war der Polizeiunterwachtmeister Georg Müller angeklagt. — Bekanntlich genießt die sog. Passage zwischen den Linden und der Friedrichstraße seit Jahrzehnten den zweifelhaften Ruf, den Sammelpunkt für junge Mädchen zu bilden, welche dort die Bekanntschaft meist älterer Herren zu machen suchen. Eines Tages im Mai v. Js. beobachtete ein in den Kreisen Berliner Großindustrieller bekannter Fabrikbesitzer, wie die 15jährige Frieda H. von einer Halbweltdame angesprochen wurde. Mit erheblichem Aufwand moralischer Entrüstung trat der Zeuge dazwischen und verhinderte die geplante „Verführung", was aber die weitere Tatsache nicht aus der Welt schaffte, daß er eine halbe Stunde später in der Gesellschaft der H. in derangierter Toilette aus einem Zimmer eines Hotels in der Taubenstraße 47 von dem jetzigen Angeklagten Müller herausgeholt wurde. Der Angeklagte nahm jedoch von einer Sistierung der beiden Abstand, da sie behaupteten, keine strafbare Handlung begangen zu haben. Einige Tage später traf der Fabrikbesitzer S. mit dem Angeklagten und einem anderen Sipobeamten zusammen und unternahm mit ihnen eine Weinreise, bei welcher Zechen bis zu 2—3000 Mark gemacht wurden. Wieder einige Tage später erhielt S. von dem Angeklagten einen Brief, in welchem ihn dieser um ein Darlehn von 1000 Mark bat. Da sich S. in einer nicht sehr angenehmen Lage den beiden Polizeibeamten gegenüber befand, gab er diese Summe her. — Durch eine unvermutet vorgenommene Spindenrevision bei der Sipo wurde der Entwurf zu diesem Briefe gefunden und die weiteren Ermittelungen hatten die jetzige Anklage zur Folge.

Das Schöffengericht brachte in seinen Urteilsgründen zum Ausdruck, daß der Angeklagte durch sein ganzes Verhalten die schon so viel beschdete Sicherheitspolizei außerordentlich bloßgestellt habe, indem er von einem Manne, mit dem er nur dienstlich bekannt geworden war, und zwar in einer zweifellos unsauberen Angelegenheit nicht nur Weinzechen machte, sondern noch Geldbeträge erschwindelte.

Gegen das auf 3 Monate Gefängnis lautende Urteil legte Rechtsanwalt Dr. Erich Treitel Berufung ein und bat um Gewährung der bedingten Begnadigung, da lediglich die schlechte Besoldung der Polizeibeamten die alleinige Ursache sei, daß der Angeklagte vom rechten Wege abgewichen sei. Ein Polizeibeamter, der täglich allerlei Anfechtungen ausgesetzt sei, müsse unbedingt materiell sichergestellt sein. Das Gericht schloß sich diesen Ausführungen an und setzte eine Bewährungsfrist von 3 Jahren fest, nach deren Ablauf bei tadelloser Führung dem Angeklagten die Strafe erlassen wird.

Monarchistische Militärmusik

Uns wird geschrieben: Die republikanische Reichswehr kann trotz allen Bemühens ihres „demokratischen" Ministers die ganz allgemein verbreitete monarchistische Gesinnung zu keiner Zeit verleugnen. Im Gegenteil, es scheint gerade so, als ob die Führer bei jeder Gelegenheit besonderes Gewicht darauf legen, nach außen hin zu betonen, daß sie die Republik verachten und es gar nicht nötig haben, diese Verachtung zu verbergen. Diese Tatsache zeigte sich wieder recht deutlich bei einer Veranstaltung im Reingold. Die „Schlächter des Ostens", die dort einen Ball veranstalteten, hatten dazu die noch immer als Schmutzkonkurrenz der Berufsmusiker Militärmusiker herangezogen. Die Kapelle des Reichswehrregiments 9 unter ihrem Konzertmeister Dippel spielte. Diesem von der Republik ausgehaltenen, von den Steuern der Arbeiter bezahlten Marionetten mußte erst durch das Verlassen des Saales durch einen großen Teil der gewiß nicht des Spartakismus verdächtigten Teilnehmer klar gemacht werden, daß ihre Monarchenverhimmelung durchaus nicht angebracht ist. Auch dieser Vorgang beweist, wie so viele andere, daß die Reichswehr nicht ein Instrument für, sondern gegen die Republik ist und darum im Interesse des Ansehens der Republik so schnell wie möglich verschwinden muß, denn nur dann ist es möglich, den letzten Hort des Monarchismus zu beseitigen.

Schreckenstaten eines Geisteskranken

Eine schreckliche Tragödie spielte sich heute früh gegen 5½ Uhr im Hause Tilsiter Str. 1 ab. Hier versuchte der 45 Jahre alte Galvaniseur Otto Erhardt, seine 39jährige Ehefrau Anna mit einem Hammer zu erschlagen. Dann jagte er seinem 14jährigen Sohn Robert eine Revolverkugel in die linke Schläfe, so daß die Kugel hinter dem Ohr wieder herauskam. Darauf ergriff Erhardt abermals den Hammer und schlug so lange auf seine 18jährige Tochter Martha ein, bis der Hammerstiel abbrach und das Mädchen bewußtlos zu Boden fiel. Dann packte er sie und warf sie durch das Fenster vier Stockwerke tief auf die Straße hinab, wo sie tot liegen blieb. Er kletterte dann auf den Balkon und schoß auf die sich nähernden Polizeibeamten, die durch Hausbewohner alarmiert worden waren; diese erwiderten das Feuer, dann stieg Erhardt auf die Balkonrüstung, schoß sich eine Kugel durch den Kopf und stürzte auf die Straße hinab, wo er ebenfalls tot liegen blieb. Nachdem die Polizeibeamten das Haus mittels Dietrichen geöffnet hatten, drangen sie in die Wohnung ein, die völlig verbarrikadiert war. Hier fanden sie Frau Erhardt schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzt auf, sie konnte nach Anlegung von Verbänden in der Wohnung verbleiben. Der Knabe, der schwere Verletzungen davongetragen hatte, fand im Krankenhause am Friedrichshain Aufnahme. Die Leiche des Erhardt und seiner Tochter wurden dem Schauhause zugeführt. Die Tat des Erhardt dürfte auf eine plötzlich aufgetretene Geistesstörung zurückzuführen sein.

Der Reichspräsident in Berlin unbekannt

Die Oberpostdirektion teilt mit: Unter obiger Spitzmarke ist in der Nr. 66 der in Karlsruhe (Baden) erscheinenden Zeitung „Volksfreund" behauptet worden, daß ein Brief mit der Aufschrift: „An Herrn Reichspräsident Ebert in Berlin" wegen ungenügender Wohnungsangabe von der Post nicht bestellt worden sei. Diese Notiz ist von mehreren Blättern nachgedruckt worden. Bei der Nachprüfung hat sich ergeben, daß der Brief dem Büro des Reichspräsidenten ordnungsmäßig vorgelegt worden ist. Die Annahme des Briefes ist aber, weil er wegen unzureichender Freimachung mit zwei Mark Nachgebühr belegt war, abgelehnt worden. Der Postbesteller hat daher auf der Rückseite des Briefes den üblichen Bestellvermerk „Annahme verweigert" niedergeschrieben. Da der Absender auf der Außenseite des Briefumschlages seinen Namen als Absender nicht angegeben hatte, ist der Brief ordnungsmäßig dem nächsten Ausschuß für unbestellbare Postsendungen bei der Ober-Postdirektion Berlin zur Ermittlung des Absenders zugeführt worden. Vorher war der Brief mit einem Zettel folgenden Wortlauts beklebt worden: „Ohne Wohnungsangabe oder

sonstige nähere Bezeichnung ist der richtige Empfänger in Berlin nicht zu ermitteln.“ In diesem Wortlaut waren aber die Worte „Empfänger in Berlin“ handschriftlich durch das Wort „Abs.“ (soll heißen Absender) ersetzt worden. Dies ist bei Abfassung des Zeitungsartikels nicht bemerkt, und daher der Vermerk irrigerweise auf den Empfänger statt auf den unbekannten Absender bezogen worden. Die postdienstliche Behandlung des Briefes war völlig einwandfrei. Damit entfallen die in dem Zeitungsartikel an das Vorkommnis geknüpften Bemerkungen und Angriffe gegen die Postverwaltung. — Na also!

Proletarische Feierstunden

Sonntag, den 9. April, vormittags 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus. Das Programm wird sich wie folgt gestalten: Das gesamte Blüthner-Orchester unter Leitung von Heinz Tießen bringt zuerst die Ouvertüre zu Figaros Hochzeit von Mozart und dann als Hauptstück eine unvollendete Symphonie in H-moll von Franz Schubert. Der Männerchor Fichte Georginia bringt zum Vortrag „Morgenzuruf“, von Scheu und dann die Marseillaise in neuer Bearbeitung durch den Dirigenten des Chors Dr. Joll. Das Erntelied in der Vertonung von Fried singt der Männerchor unter Begleitung des Orchesters.

Der Sprech-Chor für die Proletarischen Feierstunden bringt eine Dichtung aus Pandora (Epimetheus — Prometheus und die Chöre) von Goethe, ferner das Gedicht von Alfons Petzold „Rußland“ und „Mahle, Mühle, mahle!“ von Dehmel. Einzelsprecher sind Magda Lenz, Lothar Müthel und Wolfgang Heinz vom Staatstheater. Zum Schluß gemeinsamer Gesang der Internationale.

Der Verletzte gesucht!

Am 27. September 1921 wurde gegen 10½ Uhr abends in der Warschauer Straße an der Haltestelle der Straßenbahn Ecke Stralauer Allee ein etwa vierzigjähriger Mann von einem schnellfahrenden Personenkraftwagen umgefahren. Er verlor das Bewußtsein und wurde von Vorübergehenden auf den Bürgersteig getragen. Ueber seine Persönlichkeit und seine Verletzungen ist nichts bekannt, da die Helfer vermutlich die Nummer des davoneilenden Kraftwagens nicht erkannt haben und aus diesem Grunde vielleicht eine Anzeige von dem Verletzten unterlassen wurde. Fahrgäste eines Wagens der elektrischen Bahn hatten dagegen Gelegenheit, den Kraftwagen festzustellen, konnten aber den Verletzten weder finden noch ermitteln. Da es immerhin nicht ausgeschlossen ist, daß dieser schweren Schaden erlitten hat, werden Zeugen des Vorfalles ersucht, sich bei dem Amtsgericht Berlin-Mitte, Alt-Moabit 11, zu dem Aktenzeichen 135. D. 129. 22. zu melden.

Das Bezirksjugendamt Prenzlauer Berg wird nach Genehmigung des von den Bezirkskörperschaften gebilligten Satzungsentwurfes für einen Ortsausschuß für Jugendpflege die Gründung des Ortsausschusses im Einvernehmen mit den Jugendvereinen des Bezirks am 11. April d. Js., abends 7 Uhr im Deputations-Sitzungssaal des Bezirksamtes Prenzlauer Berg, Danziger Straße 61/63, Hinterhaus 3 Treppen, vornehmen. Alle im Bezirk befindlichen Jugendvereinigungen werden hierdurch zu der Gründungsversammlung eingeladen mit der Bitte, sich wegen der erforderlichen Schritte zuvor mit dem Bezirksjugendamt, Schönhauser Allee 176, Abt. Jugendpflege, in Verbindung zu setzen.

Eine „schwarze Bande“ entlarvt. Warenschwindel im großen betrieben zwei „Kaufleute“ Karl Orlowski und Willy Weesmann, die ihre „Geschäfte“ unter der hochtönenden Firma Orlowski u. Komp. anpriesen. Der Sitz der Kompagnie in der Kyffhäuserstr. 5, die Lagerräume befanden sich in der Großbeerenstr. 19. Ihre letzten großen Züge machte die Firma auf den Frühjahrsmessen in Leipzig und Königsberg. In Leipzig hatten sich die beiden Inhaber im Hotel Astoria niedergelassen. Dort kauften sie Waren aller Art für ihre ausländischen Abnehmer. Sie erhielten auch sehr viel gegen Anzahlung, auf Ziel oder mit der Vereinbarung, daß die Zahlung Zug um Zug beim Verkauf an die ausländischen Abnehmer erfolgen solle. So füllten sich die Lagerräume in der Großbeerenstraße sehr bald mit Haufen von Waren der verschiedensten Art: Korbmöbeln, Parfüm, Delikatessen, Heringsfässern, Standuhren, Silbersachen usw. Orlowski u. Komp. fanden auch Käufer, steckten aber das Kaufgeld ein, ohne daran zu denken, auch ihre Lieferanten zu befriedigen. Bei der hiesigen Kriminalpolizei liefen eine Reihe von Anzeigen ein, die bald erkennen ließen, daß man es mit einem großen Schwindelunternehmen zu tun hatte. Die Inspektion 6 ging der Sache auf den Grund, fand aber das Büro in der Kyffhäuserstraße bereits geschlossen, als sie sich dort nach dem Stand der Dinge umsehen wollte. Eine Durchsuchung der Lagerräume ergab, daß die Bestände schon sehr gelichtet waren. Nur noch für 100 000 Mark Ware fand man vor. Orlowski und Weesmann waren bereits verschwunden. Von ihnen selbst konnte man also keine Auskunft mehr erlangen. Bücher oder andere Aufzeichnungen, die geeignet wären, über den Betrieb und den Umfang der Geschäfte volle Auskunft zu geben, waren nicht vorhanden.

Ein Riesenbetrug, durch den eine französisch-belgische Firma um etwa zwei Millionen Mark geschädigt worden war, liegt einem Strafprozeß zugrunde, der heute vor dem Schwurgericht begann. Angeklagt wegen Betruges und öffentlicher Urkundenfälschung sind der Kaufmann Emil Clemens, der Reklameakquisiteur Georg Reinhart und der Rechtsanwalt Dr. Julius Pächter aus der Potsdamer Straße, die von den Rechtsanwälten Dr. Artur Brandt und Felix Meyer verteidigt werden. Die französisch-belgische Firma Conte de Lesdains hatte sich an eine hiesige Vermittlerfirma zur Beschaffung einer Einfuhrbewilligung über zehn Waggons Schmalz gewandt. Reinhart, der im Besitze eines sogenannten „Jagdscheins“ ist, erfuhr von der Angelegenheit, und es gelang ihm, auf betrügerische Weise 80 000 Mark Anzahlung auf die Ware zu erhalten. Rechtsanwalt Pächter soll, nach der Anklage, hierbei mitgewirkt und den Versuch gemacht haben, noch 150 000 Mark zu erhalten. Es handelt sich also augenscheinlich um ein groß angelegtes Schieber- und Betrugsgeschäft.

Wo findet man verlorene Sachen? Mündliche Auskunft über gefundene Sachen im Polizeibezirk Groß-Berlin erteilen: 1. über Fundsachen aus den Bezirken der Polizeiämter Berlin-Mitte, Tiergarten, Wedding, Prenzlauer Tor, Charlottenburg, Wilmersdorf, Schöneberg, Neukölln und Lichtenberg die Hauptfundstelle mit Zimmer 101 des Polizeipräsidiums Berlin an Wochentagen zwischen 9 Uhr vormittags und 3 Uhr nachmittags, 2. über Fundsachen aus den Bezirken der Polizeiämter Spandau, Zehlendorf, Steglitz, Tempelhof, Treptow, Cöpenick, Weißensee, Pankow und Reinickendorf die genannten Polizeiämter selbst.

Proletarischer Kunstabend. Ernstere und heitere Rezitationen (Ernst Friedrich), Männergesang (Steglitz-Friedenau), Lieder zur Laute (Schulze-Streichert), Violine (J. S. Bach), Klavier (Geschw. Hajeck) u. a. bildet das Programm einer Veranstaltung der „Freien Schwimmer“, Steglitz, am Sonntag, den 9. April, nachm. 5½ Uhr, in der Schulaula, Steglitz, Heesestraße. Der Besuch der Veranstaltung sei der organisierten Arbeiterschaft der westlichen Vororte empfohlen.

Gewerkschaftliches

Revolutionäre!

Uns wird geschrieben: Bisher hatte der Bauarbeiterverband das Recht, Differenzen auf den Baustellen zu beseitigen. Das Bestehen einer Nebenorganisation wurde bisher von den Kommunisten bestritten. Doch jetzt scheint es anders zu sein. Jetzt kommt die kommunistische Fraktion her, verhängt Bausperren, ganz nach Belieben, und macht dadurch offenkundig, daß sie sich als eine selbständige Organisation etabliert hat. Alles andere Gerede ist vage Heuchelei, die kein Mensch glaubt.

Wie die Dinge auf den Kopf gestellt werden, geht aus einer Notiz in der Morgenausgabe der „Roten Fahne“ vom 5. April hervor. Dort wird nämlich mitgeteilt, daß die Kollegen der Baustelle Rennbahn, Hoppegarten, die Arbeit eingestellt haben, um die Einführung der Akkordarbeit zu verhindern. Es sei deshalb nur kurz auf den wirklichen Sachverhalt hingewiesen.

In der Verhandlung mit dem Bauführer, zu der auch der Betriebsrat mit seinem Vorsitzenden Zahn, Kommunist seines Zeichens, zugegen war, wurde die Behauptung des Bauführers, er habe mit dem Betriebsrat über die Staffelung der Löhne verhandelt, von Zahn nicht in Abrede gestellt. Er konnte das auch nicht bestreiten, denn er hat auch selbst das zur Auszahlung gekommene Prämiengeld genommen. Die in der Notiz angeführte Aussprache zwischen den Kollegen und Polieren drehte sich hier nicht um die Akkordarbeit, sondern hatte einen Konflikt zwischen einem Steinträger und Polier zum Inhalt, der in Tätlichkeiten ausartete, an denen sich 3 Arbeiter Roheiten gegen den Polier zuschulden kommen ließen. Der eine Arbeiter, der den Konflikt heraufbeschwor, hörte aber selber auf und die andern zwei wurden entlassen. Darauf wurde die Arbeit am Montag nicht aufgenommen. Die Bauleitung forderte nun die Belegschaft zur Arbeit auf, und als diese der Aufforderung nicht nachkam, wurde die gesamte Belegschaft entlassen.

Daß diese Art der „Verhandlung“ nicht die richtige ist, dürfte wohl jedem klar sein; denn sonst müßte auf jeder Baustelle eine Polizeistation sein, um Leben und Gesundheit der Anwesenden zu schützen. Wir als Organisation können und dürfen derartige Vorgänge nicht unterstützen, um nicht in den Ruf zu kommen, unsere Organisation bestehe aus Rohlingen und Banditen, denen es auf ein Menschenleben mehr oder weniger nicht ankomme. Wenn nun die „Rote Fahne“ eine Notiz deswegen veröffentlicht, so hätte sie schon etwas tiefer in die Materie einsteigen müssen. Aber diese Leute nehmen es nach dem Moskauer Rezept nicht so genau mit der Wahrheit, getreu dem Spruch: Verleumde wie du kannst, etwas bleibt hängen. Und darauf kommt es ihnen an: Die Organisation in den Schmutz ziehen und ganze Kübel voll Dreck über die Bonzen ausgießen.

Holzarbeiter und Schiedsspruch

Nachdem eine Funktionärversammlung der Holzarbeiter die von den Unternehmern gemachten Zugeständnisse als ungenügend ablehnte und die Forderung einer Erhöhung aller bestehenden Löhne um 35 Prozent gefordert wurde, hat nunmehr der Schlichtungsausschuß am Donnerstag einen Schiedsspruch gefällt. Danach tritt eine Erhöhung ab 1. April von 30 Prozent und 18. April weitere 5 Prozent auf die bestehenden Tariflöhne ein. Die Akkordbasis ist auf 24 Mark vereinbart worden. Montagearbeiter in Berlin erhalten einen Zuschlag von 1,10—1,25 Mark die Stunde, außerhalb Berlins mindestens 70 Mark täglich.

In den Verhandlungen mit den Unternehmern erklärten sich diese bereit, allen Arbeitern ohne Unterschied auf die Erhöhung einen sofortigen Vorschuß von 100 Mark zu zahlen. Boese gab auf einer am Freitag stattgefundenen Funktionärkonferenz in der Bötzow-Brauerei das Resultat bekannt und sprach sich für Annahme des Schiedsspruches aus. In einer längeren Debatte vertraten die Redner zum Teil recht unklare Ansichten und wurden leicht vom Genossen Boese widerlegt, der es als große Leichtfertigkeit bezeichnete, weil das Ergebnis 3 Prozent hinter den aufgestellten Forderungen zurückbleibt, nun einen Streik der Holzarbeiter zu proklamieren. Die Versammlung stimmte den Ausführungen zu und nahm mit großer Mehrheit den Schiedsspruch an.

Nicht gab noch die neuen Beitragssätze bekannt. Der 1. Mai wird gemäß den bekanntgegebenen Beschlüssen des ADGB. als gemeinsame Kundgebung des Proletariats begangen werden. Auf Anfrage teilte Boese mit, daß die Verkaufsstellen der Gewerkschaften durch Rückforderung der vorgeschossenen Mittel von seiten des Reiches als G. m. b. H. betrieben werden sollen und als Unternehmen der Arbeiterschaft von den Gewerkschaften zu finanzieren seien. Von einer Festsetzung eines Extrabeitrages, der zu einem Kampffonds aufgesammelt werden soll, wurde Abstand genommen, da am 1. Mai bereits eine weitere Beitragserhöhung eintreten wird.

Mit der Aufforderung, rege für die streikenden dänischen Arbeiter zu sammeln, wurde die Versammlung geschlossen.

Knüppel-Kunze als Beamtenretter

Auf Handzettel wird zu einer Versammlung für kommenden Sonntag im Zirkus Busch eingeladen, in der Knüppel-Kunze über Beamtenelend und Arbeiternot spricht. Das Thema ist in Unterkapitel eingeteilt und wir erfahren, daß dieser Held auch über die „furchtbare Teuerungswelle“, „Judenherrschaft“ und über den „Weg zur Rettung“ sich auslassen wird. Um sich die ehernen Weisheiten Kunzes mit anhören zu können, muß man 3 M. bezahlen.

Wir zweifeln nicht daran, daß auch einige Beamte die Versammlung besuchen werden. Wüßten aber diese und seine sonstigen Anhänger, wie Kunze sein Etappenleben in Gardelegen führte, wie er schlemmte und hamsterte, und würden sie das umfangreiche Schrift- und Bildmaterial kennen, das gegen ihn vorliegt, dann hätte die Herrlichkeit dieses Mannes ein schnelles Ende. Im übrigen: Warum verzögert er seit Jahr und Tag seinen Prozeß mit dem „Berliner Tageblatt“, der wie ein reinigendes Gewitter gegen Knüppel-Kunze wirken würde?

Ein schäbiger Renegat

Der Zentralverband der Angestellten teilt uns mit: Die Zigaretteninduſtrie ist in jüngster Zeit durch eine ganze Anzahl Neugründungen bereichert worden, die zum größten Teil ihre Existenz auf Kosten der niedrigen, weit unter Tarif liegenden Löhne der Arbeiter und Angestellten fristen. Wir wollen unter den vielen nur die Firma Darapee, Inhaber Peege & Rauhe, O. 27, Schillingstr. 14/16 nennen. Der Inhaber Herr Peege, einst Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes und einer der „ersten Rufer im Streit“, jetzt wohlbestallter Zigarettenfabrikant, mit seltenen Scharfmacherallüren, weigert sich beharrlich, seinen Angestellten die tariflichen Löhne zu zahlen. Die Reisenden, die gleichfalls unter den Tarifvertrag fallen und Entlohnung danach fordern, hat er gekündigt und nachher versucht, die Notlage auszunutzen, indem diesen ein Vertrag zur Unterschrift vorgelegt wurde, der sie zwingen sollte, sich außerhalb des Tarifvertrages zu stellen und keinen Anspruch auf Entlohnung desselben zu fordern.

Einmal sollen diese Angestellten der Rechte aus dem BRG. und den sonstigen Gesetzen entzogen und außerdem noch schlechter bezahlt werden. Die neuen Arbeitsbedingungen werden den Gekündigten erst nach Ablauf der im BRG. vorgesehenen Einspruchsfrist vorgelegt, um diese zur Annahme zu bewegen.

Wir überlassen es dem rauchenden Publikum, besonders der Arbeiter- und Angestelltenschaft, ob es die Machenschaften des einstigen Metallarbeiters durch besondere Bevorzugung seiner Zigarettenmarken unterstützen will.

USP.-Metallarbeiter

Generalversammlungsdelegierte und Verwaltungsmitglieder des D. M. V., soweit sie auf dem Boden der U. S. P. stehen. Am Montag, den 10. April, abends pünktlich 5½ Uhr, Fraktionsversammlung in den Sophiensälen (Hochzeitssaal). Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Tagesordnung der Generalversammlung. Parteiausweis und Delegiertenkarte legitimiert. Das pünktliche Erscheinen aller in Frage kommenden Genossen ist Pflicht. Der Fraktionsvorstand.

USP.-Eisenbahner

Am Montag, den 10. April 1922, abends 7 Uhr, findet eine Versammlung aller im D. E. V. organisierten USPD.-Eisenbahner in der „Neuen Philharmonie“, Köpenicker Straße 96/97, statt. Tagesordnung: Stellungnahme zum Gewerkschaftskongreß. Es ist Pflicht eines jeden, pünktlich zu erscheinen. Partei- und Mitgliedsbuch des D. E. V. legitimiert.

Der Werbeausschuß der USPD.-Eisenbahner.

Arbeitersport

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“, Berlin. Touren für den 9. April: 1. Abteilung: Grünau (Bösel), Start: 1 Uhr, Bülowstraße 58. — 2. Abteilung: Rüdersdorf (Lindenhof), Start: 7 Uhr. Nachmittags Hirschgarten (Waldburg): Start: 1 Uhr, Planufer 63. — 3. Abteilung: Kreisfahrt durch das Blumenthal, Start: 7 Uhr nachmittags; Strausberg (Kellkäppchen), Start: 12.30 Uhr, Lausitzer Platz (Kirche). — 4. Abteilung: Buch, Start: 12 Uhr, Wiederwiese. — 5. Abteilung: Eichwalde (Witte), Start: 1 Uhr, Arnswalder Platz. — 6. Abteilung: Schönwalde, Start: 1 Uhr, Kopenhagener Straße 26. — 7. Abteilung: Bergfelde, Start: 7 Uhr nachmittags; 1 Uhr, Birkenwerder (Japan). — 8. Abteilung: Friedrichsthal bei Oranienburg, Start: 7 Uhr früh Arminiusplatz; nachmittags Weidmannslust (Krell), Start: 1 Uhr, Waldstr. 5. — 9. Abteilung: Waidmannslust, Start: 2 Uhr, Schulstraße 114. — 10. Abteilung: Waidmannslust (Krell), Start: 1 Uhr, Comeniusplatz. — 12. Abteilung: Spielfahrer, Hirschgarten (Waldburg), Start: 1 Uhr. Hubertus Oberschöneweide; Jugendabteilung Bernau (Albrechtshof), Start: 12 Uhr, Bahnhof Weißensee. — Ortsgruppe Neukölln: Wildau, Bezirksversammlung, Start: 8 Uhr, Richardplatz. — Ortsgruppe Charlottenburg: Wildau (Sahne), Start: 7 Uhr. — Ortsgruppe Tegel: Wensdorf über Bötzow—Schönwalde, Start: 1 Uhr.

Parteiveranstaltungen

Herbst-Jugendweihe Neukölln. Anmeldungen zur Jugendweihe am 24. September in der „Neuen Welt“ werden jetzt schon in den Freiheit-Speditionen Neckarstraße 3 und Emser Straße 32, sowie beim Genossen Schneider gegen Zahlung von Mk. 1.— Anmeldegebühr entgegengenommen. — **Arbeiterkinderchor Neukölln.** Aufnahme neuer Mitglieder am Sonntag, den 9. April, vormittags 10 Uhr, im Gesangsaal der Knabenmittelschule, Donaustr. 120. Eintrittsgeld 1.— Mark, monatlicher Beitrag 1 Mark. Pflege des dreistimmigen künstlerischen Kindergesanges.

Montag, den 10. April.

10. **Verwaltungsbezirk, Ortsgruppe Pankow.** 7 Uhr Funktionärkonferenz bei Grasse, Kissingenstraße 11.

5. **Distrikt.** 7 Uhr Funktionärkonferenz bei Brehme, Melanchthonstraße 23.

8. **Distrikt.** Abends 6.30 Uhr: Funktionärkonferenz bei Klinge, Bellestraße 14. Vortrag des Genossen A. Stein: Die internationale Konferenz.

9. **Distrikt (Wedding).** Distriktskonferenz. Abends 7 Uhr, bei Klinge, Utrechter Straße 24.

11. **Distrikt.** Distriktskonferenz 7 Uhr beim Genossen Scheibe.

13. **Distrikt.** Abteilungsführer beim Genossen Wolf, Höchsterstraße 42. Material abholen.

15. **Verwaltungsbezirk, Abteilung Oberschöneweide.** Abends 7 Uhr: Funktionärsitzung beim Imberg. Erscheinen aller Funktionäre notwendig.

19. **Distrikt (Kreuzberg).** Die ordentliche Funktionärkonferenz findet abends 7 Uhr bei Raße, Fichtestraße 39, statt.

Charlottenburg. Abends 7 Uhr: Funktionär-Sitzung im Volkshaus. Die Sitzung der Geschäftsleitung findet nicht 1 Stunde vorher, sondern am Sonntag, vormittags 11 Uhr, bei Grüttner, Lützowstr. 8, statt.

Lichtenberg, Stadt. Distriktskonferenz, abends 7 Uhr im Städt. Arbeitsamt, Schreiberhauerstraße.

Lichtenberg, Land. Distrikts-Funktionärversammlung. Abends 7 Uhr bei Tempel, Friedrichsfelde, Kronprinzenstraße, Neuwahl des gesamten Vorstandes. Sämtliche Funktionäre aller Ortschaften müssen erscheinen.

Reinickendorf-Ost. Abends 7 Uhr: Funktionärkonferenz im Seebad, Residenzstraße 49.

Reinickendorf-W. Allgemeine Funktionärsitzung im Volkshaus, abends 7 Uhr. Die Genossen laden wieder, wie zur letzten Sitzung ein. Ferner ist es Pflicht der Funktionäre, die Bezirksfunktionärsitzung am Sonnabend, 6.30 Uhr in Reinickendorf-Ost zu besuchen. Genosse Reichstagsabg. Ludwig hält über Parteifragen ein Referat.

Steglitz. Funktionärsitzung bei Martin, Fichtestraße 4, abends 8 Uhr. Jeder Bezirk muß unbedingt vertreten sein.

Vereinskalender

Sonntag, den 9. April.

„Freie Schwimmer“ Steglitz. 5.30 Uhr, Proletarischer Kunstabend, Schulaula, Heesestraße. Mitwirkende: u. a. Ernst Friedrich.

Deutscher Transportarb.-Verb. Glas u. Keramik, Vorm. 10 Uhr findet bei Jebsara, Meschlerstraße 15, eine außerordentliche **Gruppenversammlung** statt. Tagesordnung: Unsere Lohnbewegung.

Deutsche Filmgewerkschaft. Vormittags 10 Uhr, Fortsetzung der Generalversammlung im „Alten Askanier“, Anhaltstraße 11.

Verantwortlich für die Redaktion Robert Henkel, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Homeriner, Berlin. — Verlags-Genossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck von Gehring & Reimers, G. m. b. H., Berlin SW. 68, Ritterstraße 75.

Für Mieter unentbehrlich

ist das in unserem Verlage soeben erschienene

Reichsmietengesetz

nebst

Kommentar

Von

Rechtsanwalt Dr. Kurt Soenheim

und

Dr. Paul Hertz

Mitglied des Reichstages

Preis 10.— Mark

Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C. 2

Breite Straße 8-9.